

<b>ANFRAGE</b>  Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 21. Oktober 2008	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>55. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>18.11.2008</b> <b>1594</b> <b>33</b>  <b>öffentlich</b>
<b>Auswirkungen der Finanzkrise auf Karlsruhe</b>		

1. Welche Informationen hat die Stadtverwaltung über die Auswirkungen der Finanzkrise auf Karlsruher Banken oder deren Filialen wie Volksbank, Postbank, Deutsche Bank, L-Bank, Commerzbank usw.?
2. Sind, und wenn ja in welcher Weise, Auswirkungen der Finanzkrise auf die Sparkasse Karlsruhe zu erwarten?
3. Ist die Sparkasse Karlsruhe im Besitz von Wertpapieren, Zertifikaten oder anderen Derivaten, die vom Wertverfall im Gefolge der Finanzkrise betroffen sind?
  - a) Wenn ja, welche, in welcher Summe und wie hoch ist der Wertverfall anzusetzen?
4. Hat sich der Verwaltungsrat der Sparkasse Karlsruhe bereits mit möglichen Auswirkungen der Finanzkrise auf das eigene Geschäft befasst?
  - a) Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
5. Kann die Stadtverwaltung den Bürger/innen zusichern, dass ihre Einlagen bei der Sparkasse Karlsruhe – was die Finanzkrise betrifft – sicher sind?
6. Ist die Stadt Karlsruhe im Besitz von Wertpapieren, Zertifikaten oder anderen Derivaten, die vom Wertverfall im Gefolge der Finanzkrise betroffen sind?
  - a) Wenn ja, welche, in welcher Summe und wie hoch ist der Wertverfall anzusetzen?
7. Wie schätzt die Stadtverwaltung die Möglichkeit ein, dass durch die milliardenschweren Stützungsmaßnahmen des Bundes die Haushaltslage der Kommunen mittel- oder längerfristig in Mitleidenschaft gezogen wird?

8. Wie beurteilt die Stadtverwaltung die Strategie, dass Banken, die bereits Kundengelder verspekuliert haben, nun über Steuergelder der Bürger/-innen unterstützt werden? Welche Sicherheiten haben die Bürger/-innen, dass nun nicht auch ihre Gelder zweckwidrig verwandt werden?

**Sachverhalt / Begründung:**

Für Bürger/innen wie für den Gemeinderat ist es relevant zu wissen, ob und gegebenenfalls wie die sog. Finanzkrise den städtischen Haushalt und die Haushalte der städtischen Gesellschaften tangiert.

Weiterhin stellt sich die Frage, ob die milliardenschweren Maßnahmen der Bundesregierung mittel- oder längerfristige Auswirkungen auf kommunale Haushalte haben können.

unterzeichnet von:  
Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -  
7. November 2008